



TERMIN

## Gespräch über Dorferneuerung

Am 28. April ist Monika Griefahn zu Besuch im Gemeindefreien Bezirk Osterheide in Oerbke. Dort wird sie den neuen Bezirksvorsteher Wilhelm Adam kennen lernen und sich bei ihm sowie Seben Arjes, dem Vorsitzenden der Einwohnerversammlung, über die anstehende Dorferneuerung informieren. Diese ist mit besonderen Herausforderungen verbunden: Der Gemeindefreie Bezirk Osterheide ist – wie Lohheide – eine Bundesliegenschaft.

Liebe Leserinnen und Leser,

turbulente Zeiten für die SPD, nicht wahr?! In den vergangenen Wochen war es nicht immer eine Wonne, morgens die Zeitung aufzuschlagen. Aber weil eine Auseinandersetzung mit den Linken notwendig und ohnehin unvermeidbar ist, habe ich der Debatte auch meine Seite-1-Artikel in diesem Infobrief gewidmet.

Ich stecke ansonsten voll in den Planungen für das laufende Jahr – und wenn man sich einfach wieder an die Arbeit macht, kommt der Spaß daran auch wieder zurück. Ich freue mich jedenfalls auf das, was mein Team und ich uns im Wahlkreis vorgenommen haben: Besuche der Ortsvereine, Termine bei Firmen, interessante Veranstaltungen. Aber schauen Sie erst einmal, was in den vergangenen Wochen gewesen ist!



Ihre

*Monika Griefahn*

## Solardach-Antrag durchs Parlament

Unser Antrag für mehr regenerative Energien an deutschen Gebäuden im Ausland hat den parlamentarischen Prozess durchlaufen und ist angenommen worden. Gelder dafür stehen ebenfalls aus zwei Bundesprogrammen bereit. Ich freue mich insbesondere über eine Komponente in dem Antrag: Dass wir die Länder, in denen wir entsprechende Baumaßnahmen umsetzen, durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Nachahmung aktivieren wollen. Die beste Werbung für mehr Klimaschutz!

# Linken-Debatte: Sollten zur Sachpolitik zurück

Trotz Auseinandersetzung – SPD setzt die wichtigen Themen

Andrea Ypsilanti, die SPD-Spitzenkandidatin in Hessen, beneide ich nicht. Die Wähler haben sich zwar gegen Roland Koch entschieden, aber da sich die FDP verweigert, konnte auch die SPD keine Regierung bilden. Ob die Linken bei den Überlegungen eine Rolle spielen sollten? Andrea Ypsilanti sagt ja, ich allerdings bin da mehr als skeptisch.

Aus meinen Erfahrungen im Kompetenzteam von Michael Naumann kann ich sagen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linken für Hamburg mit Sicherheit der falsche Weg gewesen wäre. Naumann hat das immer ganz deutlich gesagt, und auch in der niedersächsischen SPD haben wir uns so positioniert. Das ist auch richtig. Selbst wenn es im Stadtstaat Berlin eine Koalition mit der PDS gibt, bleibt diese Partei im Kern eine reine Protestpartei, die nicht wirklich daran interessiert ist zu gestalten. Mit reinem Populismus kann man aber nun einmal nicht regieren. Schon gar nicht, wenn niedersächsische Kandidaten wie Christel Wegner

Mauer und Stasi zurückfordern. Bislang hat die Linke gesagt, was sie nicht will: Keine Soldaten in Afghanistan, kein Hartz IV, kein .... Was aber will sie?

### WIR HABEN EINE VERANTWORTUNG

Wir haben die Hartz-IV-Gesetze doch nicht zum Spaß beschlossen, sie waren für die Partei und für einige Bürger ein schmerzhafter Schritt. Zur Realisierung ihrer populistischen Forderungen wie zum Beispiel die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze bräuhete die Linke 150 Milliarden Euro zusätzlich – mehr als die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. Und was passiert, wenn wir uns wie gefordert aus Afghanistan zurückziehen? Mit dem militärischen Schutz gingen auch die Aufbauhelfer. Wir überließen das Land den Taliban, die die erreichten Menschenrechte abschaffen und das Volk weiter unterdrücken würden. Wir haben eine Verantwortung! Gerhard Schröder und die rot-grüne Koalition

haben mit ihrer Agenda 2010 sicher keinen leichten Schritt getan. Aber wir zusammen waren mutig genug, nötigen Reformen anzugehen, auch wenn an einigen Stellen nachgebessert werden muss. Das hat sich im Nachhinein z.B. beim Arbeitslosengeld für Ältere gezeigt, und ich bin gerne bereit, zu korrigieren, wenn sich zeigt, dass Dinge sich nicht so entwickeln wie angenommen. Ohne die SPD gäbe es in der Großen Koalition weder den Atomausstieg noch das solidarische Gesundheitssystem oder die Steuersenkungen besonders für den unteren Einkommensbereich. Wir kämpfen für Mindestlohn, damit jeder auch von seiner Arbeit leben kann. Mit solch einer Politik stehen wir in der Mitte der Gesellschaft, und um die Stimmen von dort müssen wir auch in Zukunft kämpfen. Es sollte unser Ziel sein, mit einer guten und sozial gerechten Politik die Menschen, die den Linken ihre Stimme geben, davon zu überzeugen, dass man mit Sachpolitik mehr erreicht als mit reinem Protest.

### AUS DEM INHALT

#### Seite 2

#### 3. Gleis und Co.

Monika Griefahn und andere Mitglieder der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag trafen sich mit Vertretern der Deutschen Bahn AG, um den Stand der Dinge bei den großen Schienenprojekten in Niedersachsen zu erfahren.

### AUS DEM INHALT

#### Seite 3

#### Bürgerpreis

Der Bürgerpreis startet in die fünfte Runde: Dieses Mal lautet das Motto „Kinder fördern – in die Zukunft investieren“. Die mit insgesamt 6000 Euro dotierte Ehrenamts-Auszeichnung wird lokal in drei Kategorien vergeben.

### AUS DEM INHALT

#### Seite 5

#### Zukunft der Arge

Um sich über die Arbeit der Arge im Landkreis Harburg zu informieren, traf Monika Griefahn u.a. mit Arge-Geschäftsführer Michael Niemeyer zusammen. Es ging wegen eines BVG-Urteils auch um die zukünftige Organisationsform der Arge.



# Bahnprojekte im Focus

DB-Vertreter informierten SPD-Abgeordnete in Berlin über 3. Gleis, Y-Trasse und Heidebahn



Monika Griefahn vertritt in dem Bahn-Gespräch ihre Positionen (oben). Links: Monika Griefahn und Bahnvorstand Otto Wiesheu.

Y-Trasse, Heidebahn und 3. Gleis: Um sich über den Stand der Dinge zu informieren, trafen sich Monika Griefahn und andere niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete jetzt in Berlin mit Vertretern der Deutschen Bahn. Bahnvorstand Otto Wiesheu und der Konzernbevollmächtigte für Niedersachsen und Bremen Hans-Jürgen Meyer sprachen mit den Parlamentariern.

Verzögerungen haben die Pläne für den Bau des 3. Gleises zwischen Stelle und Ashausen erfahren, nachdem zwischen Maschen und Stelle ein 4. Gleis gebaut werden soll, da die Bahn die Strecke umfassender nutzen will. Die Planfeststellungsverfahren sollen bis Ende 2008 abgeschlossen werden. Um etwas über den Baubeginn zu sagen, müsse das Finanzierungsabkommen mit dem Bund abgewartet werden.

Zum Zeitplan für einen möglichen Bau der Y-Trasse erklärten die Bahn-Vertreter, die Planungen würden voraussichtlich bis 2012 abgeschlossen sein. Der Bau könne bis 2016 folgen, wobei der Finanzierungsvertrag noch nicht abgeschlossen sei. Auch der Ausbau der Heidebahn ist lediglich für den Abschnitt Bennemühlen - Walsrode gesichert. Monika Griefahn erfuhr, dass das Land Niedersachsen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den Streckenabschnitt Soltau — Buchholz beantragen will. Offen ist noch die Modernisierung des Teilabschnitts Soltau - Walsrode. Um am Ball zu bleiben, hat die Abgeordnete zusammen mit Dieter Möhrmann (SPD-MdL aus Schneverdingen) am 22. April einen Termin mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee.

## AKTUELL

### Gericht stärkt die Bürgerrechte

Das Bundesverfassungsgericht hat mit der teilweisen Aussetzung des Gesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung erneut die Freiheits- und Bürgerrechte gestärkt. Es machte deutlich, dass das Abrufen und Speichern der Telekommunikationsdaten ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte der Bürger sei.

Monika Griefahn hatte die Vorratsdatenspeicherung insbesondere aus medienpolitischer Sicht kritisiert. Sie teilt die Einschätzung der Journalistenverbände, dass der Informantenschutz und das Redaktionsgeheimnis nachhaltig beschädigt werden. Allein die Tatsache, dass die Daten gespeichert würden, schade dem Vertrauensverhältnis von Redakteur und Informant.

## Ausgewogene Lern-Standorte

Monika Griefahn unterrichtete über Gedenkstättenkonzept des Bundes

Derzeit berät der Kulturausschuss des Bundestages über die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes. Zu der Frage, ob das Konzept, das in erster Fassung im Juni 2007 vorgelegt wurde, alle Gesichtspunkte des Gedenkens berücksichtigt, diskutierte Monika Griefahn in einer Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Volkhard Knigge (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald), Regina Mönch (Feuilletonredakteurin der FAZ), und Dr. Joachim Scherriebe (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt).

Die Diskussion drehte sich insbesondere um die Frage, wie gut das Konzept sowohl die nationalsozialistische als auch die kommunistische Diktatur dokumentiert. Wichtig ist, dass es beide Diktatu-



Hartmut Kaczmarek von der Thüringer LZ (Moderator) und der Abgeordnete Carsten Schneider mit Monika Griefahn (v.l.).

ren deutscher Geschichte aufarbeitet und auch deren Unterschiede sehr deutlich macht.

„Wir brauchen sowohl die institutionelle Förderung für

die KZ-Gedenkstätten sowie die Umsetzung des Berliner Mauerkonzepts als auch gute politische Bildungskonzepte für beide Systeme“, erklärte Monika Griefahn.



# Karlsruhe kippt Online-Durchsuchungen

BVG-Richter bestätigen Bedenken von Monika Griefahn und der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat mit seinem Urteil vom 27. Februar die Vorschriften zur Online-Durchsuchung sowie zur Aufklärung des Internets in Nordrhein-Westfalen für verfassungswidrig erklärt. Monika Griefahn begrüßt das Urteil. Die Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme

me könne somit weiter als gewährleistet betrachtet werden, weil Durchsuchungen nur unter strengen Auflagen und eng umgrenzt möglich seien.

Die SPD-Medienpolitiker hatte erhebliche Bedenken angemeldet: aus datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher wie auch aus

medienpolitischer Sicht. Vor einer politischen Entscheidung über die Einführung dieses verdeckten Ermittlungsinstrumentes in das BKA-Gesetz wollten die Genossen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abwarten. Diese Bedenken haben die Richter nun bestätigt. Sie leiteten aus dem

allgemeinen Persönlichkeitsrecht erstmalig ein Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme her. Dieses neue Grundrecht tritt zu den anderen Freiheitsgewährleistungen, wie zum Beispiel die Unverletzlichkeit der Wohnung, hinzu.

# Bürgerpreis: Ja zu Kindern

Fünfte Auflage widmet sich in diesem Jahr dem Ehrenamt rund um den Nachwuchs – Bewerben!

Unter dem Motto „Für mich, für uns, für alle“ initiieren die Parlamentarier Monika Griefahn und Michael Grosse-Brömer zusammen mit der Sparkasse Harburg-Buxtehude und dem Landkreis Harburg zum fünften Mal die lokale Aktion „Bürgerpreis“. Das Thema 2008 lautet „Kinder fördern – in die Zukunft investieren“.

Mit diesem Schwerpunkt will die Initiative den Einsatz freiwilliger Helfer und ehrenamtlich Tätiger in der Kinder- und Jugendarbeit würdigen und andere motivieren, ebenfalls freiwillige Aufgaben zu übernehmen. Bewerben können sich bis zum 31. Mai all diejenigen, die durch ihr bür-

gerschaftliches Engagement Kinder und Jugendliche fördern. Die lokalen Gewinner erhalten Geldpreise von insgesamt 6000 Euro in den Kategorien: „Junior“, „Alltagshelden“ und „Lebenswerk“.

Gruppen, Vereine, Initiativen, Projekte oder Einzelpersonen, die sich um den Bürgerpreis 2008 bewerben möchten, erhalten die Bewerbungsunterlagen in allen Geschäftsstellen der Sparkasse Harburg-Buxtehude, beim Landkreis Harburg, den Städten und Gemeinden sowie im Internet unter [www.sparkasse-harburg-buxtehude.de](http://www.sparkasse-harburg-buxtehude.de). Monika Griefahn: „Ohne Eltern, Erzieher, Lehrer, Übungsleiter und



Heinz Lüers (Sparkasse), Landrat Joachim Bordt, Monika Griefahn, Petra Pieper-Rudkowski (Kirchenkreis Hittfeld) und Michael Grosse-Brömer stellten den Bürgerpreis vor.

Nachbarn ist es kaum möglich, aus den Kindern von heute die Ideengeber und

Verantwortlichen von morgen zu machen. Diese Leistung wollen wir würdigen.“



Im Showteil der Sportgala präsentierten zahlreiche Aktiven den Gästen ihr Können.

## Medaillen beim Fest des Sports

Um den sportlich Aktiven ihre Wertschätzung zu zollen, nahm Monika Griefahn im März am Fest des Sports in Winsen teil. Der Kreissportbund hatte eine sehenswerte Gala auf die Beine gestellt und übergab Medaillen an die 66 besten Sportlerinnen und Sportler. Monika Griefahn, selbst aktiv, freut sich, dass Sport trotz vieler neuer Angebote seinen Platz in der Freizeitgestaltung der Menschen findet. „Das ist die beste Gesundheitsvorsorge“, findet sie.

## RANDNOTIZ

### Förderung für Kinderbetreuung

Monika Griefahn weist Betriebe mit bis zu 1000 Mitarbeitern darauf hin, dass es über das Bundesfamilienministerium möglich ist, für die Bereitstellung von Kinderbetreuung Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zu bekommen. Informationen zu den Konditionen gibt es unter der kostenlosen Telefonnummer 0800/0000945 und im Internet auf dem Portal [www.erfolgsfaktorfamilie.de](http://www.erfolgsfaktorfamilie.de).



## Wahlabschluss in Hamburg

Als Mitglied des Kompetenzteams von SPD-Bürgermeisterkandidat Michael Naumann (am Rednerpult) nahm Monika Griefahn am 22. Februar auch an der Abschlusskundgebung der Hamburger SPD teil. Mit Naumann hatte sich das SPD-Ergebnis erheblich verbessert, dennoch reichte es nicht für den Sieg. Statements bei der Kundgebung gab es auch von Arbeitsminister Olaf Scholz, seinem Vorgänger Franz Müntefering und Hessens Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti.



# Weichenstellung in SFA

SPD nominiert Lars Klingbeil zum Kandidaten für die Bundestagswahl

Nun, da feststeht, dass der Bundestagswahlkreis Soltau-Fallingb. / Winsen (Luhe) für die Wahl 2009 neu zugeschnitten wird, wird es folgerichtig in den neuen Wahlkreisen je einen SPD-Kandidaten geben. Im Landkreis SFA sind nun erste Weichen gestellt worden: Die SPD nominierte Lars Klingbeil aus Munster als ihren Kandidaten.

Klingbeil war bereits 2005 einmal als Nachrücker in den Bundestag gelangt, musste seinen Sitz aber mit der vorgezogenen Neuwahl im Herbst des Jahres wieder abgeben. Dennoch konnte der 30-Jährige sich in den Monaten als Abgeordneter und seiner anschließenden Arbeit im Unterbezirk SFA empfehlen. Monika Griefahn freut sich über das Votum.

„Lars und ich haben gut und fair zusammengearbeitet. Ich würde mich freuen, wenn er wieder in den Bundestag einzieht.“ Sie will ihn in seinem Wahlkampf unterstützen. Bevor es aber soweit kommt, muss auch die SPD im Landkreis Rotenburg, von dem ein Teil zum dem neuen Wahlkreis gehört, den Münstertaner noch nominieren.

### AKTUELL

## Gastfamilien gesucht

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm von Bundestag und US-Kongress unterstützt Jugendliche dabei, im Ausland Erfahrungen zu sammeln. Für den Austausch werden immer Gastfamilien gesucht. Wer Lust hat, eine/n Amerikaner/in aufzunehmen, kann sich im Griefahn-Bürgerbüro melden (s. Impressum). Die Adresse wird an die Austauschorganisationen weitergeleitet.



**Visite beim NABU:** Mit einem „Parteiencheck“ hatte sich der NABU Hamburg in die politische Debatte vor der Bürgerschaftswahl eingebracht. Monika Griefahn nutzte diesen Aufhänger, um den Vorsitzenden Rolf Bonkwald und Geschäftsführer Stephan Zirpel zusammen mit Monika Schaal, SPD-Umwelt-Sprecherin in der Bürgerschaft, zu besuchen. Die vier stellten fest, dass ihre Positionen im Großen und Ganzen nicht weit auseinander liegen. Auch der Parteiencheck hatte schon große Übereinstimmungen zwischen NABU und SPD festgestellt.



**Umweltschutz im Unternehmen:** Weil das Weltunternehmen Tesa sich innerbetrieblich sehr für den Umweltschutz einsetzt, besuchte Monika Griefahn das Werk in Hamburg-Hausbruch, um sich davon selbst ein Bild zu machen. Sie erfuhr, dass neue Beschichtungstechnologien bei vielen Produkten Lösungsmittel überflüssig gemacht haben. Von 2002 bis 2007 sei es dem Unternehmen gelungen, den Einsatz von Lösungsmitteln um 42 Prozent zu senken. Der Energieverbrauch in Deutschland konnte um 25 Prozent reduziert werden.



# Bald ein kooperatives Jobcenter?

Monika Griefahn war zu einem Informationsgespräch bei der Arge Landkreis Harburg zu Gast

Vor dem Hintergrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das die jetzige Organisationsform der „Arbeitsgemeinschaften Arbeit und Grundsicherung“ (Arge) als verfassungswidrig ansieht, war Monika Griefahn für ein Informationsgespräch bei der Arge im Landkreis Harburg zu Gast. Die Arge Lkr. Harburg ist für die Bezieher von Arbeitslosengeld 2 zuständig.

Die Abgeordnete erkundigte sich unter anderem nach dem Arbeitsablauf im Rahmen der Hartz-IV-Bewilligungen. Sie erfuhr, dass die Möglichkeit, gegen Bescheide Widerspruch einzulegen, bei rund 1.100 Bescheiden im Monat von etwa 180 Betroffenen genutzt werde. Das sei als hohes Widerspruchsaufkommen einzuschätzen. Griefahn sprach auch den zuweilen in der Kritik stehenden Arbeitgeberservice an. Hier konnten die Arbeitsagentur- und Arge-Vertreter mitteilen, das Personal des Arbeitgeberservices aufgestockt zu haben. Im

gemeinsamen Arbeitgeberservice der Agentur und der Arge in Winsen beraten seit Sommer 2007 13 Vermittler die Betriebe und Unternehmer.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Gemeinschaftseinrichtung von Bundesagentur für Arbeit und kommunalen Trägern – also genau die Organisationsform der Argen – als verfassungswidrig eingestuft hat, hat im Landkreis Harburg noch nicht zu Änderungen in der Organisation geführt. Dafür ist nach der Rechtsprechung auch bis 2010 Zeit. Agenturchef Passier kündigte aber an, mit dem Landkreis rasch in Gespräche zur Einrichtung eines „Kooperativen Jobcenters“ einzutreten. Arge-Geschäftsführer Michael Niemeyer plädierte für eine gemeinsame verfassungskonforme Fortsetzung der Kooperation zwischen den Leistungsträgern Landkreis und Agentur, in der Kunden weiterhin verzahnte Dienstleistungen „unter einem Dach“ erhalten.



Michael Niemeyer (Arge), Dr. Regine Schmalhorst, Bernd Passier (beide Agentur für Arbeit), Monika Griefahn, Frank Krebs (Arge).

Monika Griefahn hält die kooperativen Jobcenter für einen geeigneten Ausweg aus dem Dilemma. Im Speckgürtel von Hamburg sei eine landkreis- und landesübergreifende Vermittlung

der Arbeitslosen besonders wichtig – der Datenaustausch würde bei einer bleibenden Zuständigkeit der Arbeitsagentur besser gewährleistet als im reinen Modell „Optionskommune“.

## Gentech überarbeitet

Gesetzesnovelle stößt auf Griefahns Kritik

Auch wenn sich die SPD in vielen Punkten hat durchsetzen können – Monika Griefahn ist mit der Novellierung des Gentechnikgesetzes nicht zufrieden. Eine Überarbeitung war auf Druck des Koalitionspartners angegangen worden.

Immerhin: Bei der Haftung bleibt es beim verschuldensunabhängigen und gesamtschuldnerischen Haftungsrecht. Wer in seinen geernteten Pflanzen Verunreinigungen oberhalb der Grenzwerte findet und die Pflanzen darum nicht wie gewünscht vermarkten kann, hat Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich. Auch das öffentliche Standortregister, das die Anbauorte gentechnisch veränderter Pflanzen darstellt, bleibt erhalten. Wenig glücklich ist Monika Griefahn über die Regelung zu Min-

destabständen. Zwar soll damit eine Verbreitung von Gen-Pflanzen verhindert werden. Allerdings muss der vorgegebene Abstand nicht eingehalten werden, wenn die Nachbarn eine Vereinbarung treffen. „Es kann nicht sein, dass private Absprachen darüber entscheiden, wo Gentechnik sich verbreiten darf“, kritisiert die Abgeordnete, die aus Protest nicht mitgestimmt hat.

Sie geht davon aus, dass, egal wie groß die Mindestabstände sein mögen, Verunreinigungen durch Wind oder Insekten nicht vermeidbar sind. „Ich habe das schon als niedersächsische Umweltministerin 1997 mit einer Studie des Niedersächsischen Landesamts für Ökologie zeigen können.“ Griefahn ist darum eine Gegnerin von Gentechnik in Lebensmitteln.



**Weltfrauentag:** Mit roten Rosen machten die Buchholzer Sozialdemokratinnen (v.l.) Maximiliane Braun-Mehrholz, Gudrun Eschment-Reichert, Helena Eischer, Monika Griefahn und Silva Seeler (MdL) am Weltfrauentag den Passanten ein Geschenk. Die Gesellschaft stelle immer neue Herausforderungen an Frauen, meinte Monika Griefahn. Sie wolle insbesondere weiter für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kämpfen. Nur dann hätten Frauen eine wirkliche Wahl, ihr Leben zu gestalten.



# Bono bei der SPD

U2-Sänger wirbt für Bekämpfung von Armut

Von einem Rockstar muss man sich schon so einiges bieten lassen. U2-Sänger Bono enterte die Plätze von Peter Struck und seinen Stellvertretern und schnappte sich auch die Glocke, mit der der Fraktionschef zur Disziplin ruft. Er gab sie am Ende der Sitzung allerdings brav zurück. Bono wollte bei der SPD-Fraktionssitzung Gehör finden für seinen Kampf gegen die Armut in Afrika. Die Millenniumziele seien noch lange nicht erreicht. Um die Werbetrommel gegen Armut weiter

zu rühren, erinnerte er an die Entschuldigungsinitiative von Gerhard Schröder beim G8-Gipfel 1999. Er sagte, die Situation in Afrika sei bereits besser geworden, aber noch lange nicht perfekt. Monika Griefahn und Bono sind bereits alte Bekannte. Die Abgeordnete hat 1989 mit dem Sänger eine Benefizplatte für den Aufbau von Greenpeace Russland in Moskau initiiert und gemeinsam vorgestellt. Sie nutzte den Besuch des engagierten Rockstars noch für ein persönliches Gespräch.



U2-Sänger Bono besuchte die SPD-Fraktion im Bundestag.

# Empore jetzt ostfriesisch

Monika Griefahn lernte Geschäftsführer Onne Hennecke kennen



Monika Griefahn mit Onne Hennecke in der Empore.

Seit Dezember 2007 ist Onne Hennecke der neue Geschäftsführer des Buchholzer Theaters „Empore“. Dass der gebürtige Ostfrieser durch den Blick von außen frischen Wind in die Empore bringt, ohne Bewährtes über den Haufen zu werfen, diesen Eindruck hatte Monika Griefahn, als sie zu einem Kennenlern-Gespräch bei Hennecke war. Grund des Besuchs war auch, mögliche Kooperationen für den Aktionskreis „Gesicht zeigen! im Landkreis Harburg“ auszuloten.

Onne Hennecke machte deutlich, wie wichtig die rund 1000 Abonnenten für die Existenz der Empore sind. Die treuen Theatergänger seien im Durchschnitt 60 Jahre und älter, dem wolle er in Tradition seiner Vorgängerin Karin von Thienen mit einem Programm aus Komödien und klassischen Theaterstücken, aber auch mit Konzerten aus dem Bereich Operette und Schlager gerecht werden. Nichtsdestotrotz sehe er die Empore aber auch als ein Veranstaltungszentrum mit einem

attraktiven Programm-Mix für Jüngere oder Familien in Buchholz und Umgebung. „Die Wege in unserer Stadt sind kurz. Theater- oder Konzertgänger mit Kindern müssen - anders als bei einer Fahrt nach Hamburg - nur für wenige Stunden einen Babysitter organisieren“, wirbt Hennecke. Programmatisch will er diesem jüngeren Publikum ebenso gerecht werden.

Zuspruch bekam der neue Geschäftsführer von Monika Griefahn für seine Pläne, Neues auszuprobieren. „Mit einem Public Viewing zur Fußball-EM im Juni oder mit dem ersten Buchholzer Kabarett-Festival im Herbst lässt sich die Empore gut im Bewusstsein der Bevölkerung verankern“, meinte sie zu den beiden Vorschlägen Henneckes. Zu ihrem Anliegen, das Buchholzer Theater auch zukünftig für eventuelle Veranstaltungen des Aktionskreises „Gesicht zeigen!“ zu gewinnen, äußerte Hennecke sich grundsätzlich positiv. Nun muss sich in den kommenden Wochen zeigen, ob eine erste Veranstaltung bereits in diesem Jahr möglich sein wird.

## AKTUELL

### Kultur arbeitet Geschichte auf

Weil Kunst und Kultur einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung von Geschichte leisten, freute sich Monika Griefahn jetzt über das Engagement der Jesterburger Kammerstücke. Diese führten im Februar das Theaterstück „Empfänger unbekannt“ auf. Darin wird gezeigt, wie die nationalsozialistische Ideologie schleichend eine Freundschaft zerstört.

In einem schriftlichen Grußwort bedankte sich Monika Griefahn dafür, dass das Ensemble das Thema angepackt hat. „Mit Ihrem privaten und gesellschaftlichen Engagement leisten Sie einen wichtigen Beitrag, um das Gedächtnis wach zu halten, um jungen Menschen die Schrecken des Nationalsozialismus vor Augen zu führen“, schrieb sie. Denn das Thema habe leider nichts an Aktualität eingebüßt. In den vergangenen Jahren haben viele Menschen nicht-deutscher Herkunft in Deutschland sogar ihr Leben gelassen, viele wurden bei Übergriffen verletzt. Die Hetzjagd auf Inder in Mügeln sei in jüngster Zeit einer der traurigen Höhepunkte in diesem Kapitel gewesen.



## Schüler mit Politik-Interesse

*Junge Leute zu Gast im Deutschen Bundestag – das sieht Monika Griefahn immer gerne. „Wie sonst könnte der Staat den Zugang zu Politik besser öffnen, das Verständnis von Demokratie besser vor Augen führen?“ findet die Abgeordnete. In jüngster Zeit bekam die SPD-Parlamentarierin unter anderem Besuch von Schülern aus dem zwölften Jahrgang der Rudolf-Steiner-Schule in Kakenstorf.*



## Lebenshilfe in Berlin

*Neun Schüler und drei Lehrkräfte der Klaus-Dieter-Haehn-Schule – das ist die Tagesbildungsstätte der Lebenshilfe Walsrode – waren kürzlich auf Klassenfahrt in Berlin. Monika Griefahn organisierte für die Gruppe einen Besuch im Reichstag, dem Sitz des Bundestages. Das Wetter meinte es gut, und so stellten sich die Besucher hoch oben auf dem Dach des Reichstagsgebäudes der Kamera.*

# Enquete Bericht „Kultur“ liegt vor

## Bestandsaufnahme des kreativen Sektors mit Handlungsempfehlungen

Nach vierjähriger intensiver Tätigkeit hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, in der Monika Griefahn als stellvertretendes Mitglied bestimmte Teilbereiche bearbeitet hat, ihren Abschlussbericht vorgelegt. Aus Sicht Griefahns ist er ein wahres Kompendium

für die Kulturpolitik. „Der Bericht ist eine dringend notwendige Darstellung des kulturellen Ist-Zustandes in Deutschland. Zuletzt hat sich der Deutsche Bundestag in ähnlicher Weise 1975 mit der Situation der Kulturschaffenden in Deutschland befasst.“ Damals wurde auf der Grundlage des abschließenden Künstlerberichtes die bis heute europaweit einmalige Künstlersozialversicherung geschaffen, die ein Segen für die freischaffenden Künstler ist. Griefahn, die beispielsweise die Bereiche der Soziokultur, Interkultur und Migrantenkultur mit begleitet hat, hofft, dass nun möglichst schnell wichtige Empfehlun-

gen aus dem Bericht umgesetzt werden können. „In dem Bericht stecken fundierte Einsichten darüber, dass Kultur als ein gesellschaftlicher Auftrag verstanden werden muss. Kulturpolitik ist ein zentrales politisches Handlungsfeld, das auch ressortübergreifend gedacht werden muss, soll es seine Wirkung entfalten“, so Griefahn. Als Beispiel nannte sie das Ressort Wirtschaft: Immer wieder zeige sich, welche tolle Werke Filmemacher oder Schriftsteller hervorbringen, wenn sie gefördert werden. Es gebe mehr als 1 Mio. Arbeitsplätze in der Kulturwirtschaft. Auch Wirtschaftspolitiker sollten den Kreativsektor also unterstützen.

### ANSPRECHPARTNER

Büro Berlin: Anke Giebelmeyer,  
Felix Falk, Renate Mantzke  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
E-Mail:  
monika.griefahn  
@bundestag.de  
Tel.: 030 / 2277-2425

Für Soltau-Fallingb.:  
Gunda Ströbele  
Uppen Drohm 19  
29643 Neuenkirchen  
E-Mail:  
sfa@monika-griefahn.de  
Tel.: 05195 / 5050

Für den Landkreis Harburg:  
Bürgerbüro Winsen  
Matthias Westermann  
BrauhoFstraße 1  
21423 Winsen  
E-Mail:  
monika.griefahn  
@wk.bundestag.de  
Tel.: 04171 / 780171

Für den Infobrief:  
Petra Reinken  
Tel.: 05197 / 99 97 98

**AUSFÜHRLICH FINDEN SIE  
DIE TEXTE UND JEDE  
MENGE WEITERE  
INFORMATIONEN IM INTERNET  
UNTER  
WWW.MONIKA-GRIEFAHN.DE**